

Die Zusammenarbeit von CDU und PDC während der Zeit der chilenischen Militärdiktatur 1973–1989

Loreto Galindo Sazo

Einführung

Im Oktober 2012 bat der ehemalige chilenische Präsident Patricio Aylwin Azócar während einer Unterhaltung darum, den Freunden von der CDU, u. a. Helmut Kohl, Norbert Blüm und Heiner Geißler, folgende Nachricht zukommen zu lassen: „Wir verdanken Ihnen viel, die christlichen Demokraten Chiles verdanken den deutschen Christdemokraten viel. [...] Die chilenischen Christdemokraten stehen tief in ihrer Schuld, weil sie ausgesprochen wichtig für die ideologische Bildung der Christlich-Demokratischen Partei waren. [...] Viele Chilenen gingen mithilfe eines Stipendiums nach Deutschland und so sind auf natürliche Weise freundschaftliche Beziehungen zwischen dem PDC und der CDU entstanden, was beispielhaft steht für das gegenseitige Verstehen und voneinander Lernen. [...] Es entstand eine Beziehung, von der beide Seiten profitiert haben.“¹

In diesen Worten kommt zum Ausdruck, wie tiefreichend die gemeinsame Arbeit der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDU), der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) und der chilenischen Christlich-Demokratischen Partei (PDC) gewesen ist.²

Dabei ist festzuhalten, dass von dieser Zusammenarbeit nicht nur der chilenische PDC profitiert hat, sondern auch die CDU. Durch ihre Arbeit in Chile erweiterte die CDU ihre Perspektive über Lateinamerika. Wie der ehemalige Außenstellenleiter der KAS in Chile, Rudolf Schloz, es ausdrückte, wurde „der Blick der CDU auf Chile offener, wir haben mehr Erkenntnisse gewonnen. Die Verbindung von CDU und PDC wurde immer weiter intensiviert, ist gewachsen und hat sich über 50 Jahre stabilisiert“.³ Mario Fernández, ehemaliger Stipendiat der KAS und Mitglied verschiedener chilenischer Regierungen, verwies auf die Bedeutung der deutsch-chilenischen Beziehungen für die Positionierung der CDU gegenüber autoritären Regierungen: „Die chilenische

1 Interview mit Patricio Aylwin, Oktober 2012 in Santiago de Chile. Patricio Aylwin war der erste demokratisch gewählte Präsident Chiles von 1990 bis 1994 und Vorsitzender der Christlich-Demokratischen Partei (1965–1967, 1973–1976, 1987–1989, 2001–2002).

2 Zu den chilenisch-deutschen Beziehungen in dieser Zeit allgemein vgl. jetzt auch Georg Dufner: Partner im Kalten Krieg. Frankfurt a. M. 2014 und zum PDC und dessen langjährigem Vorsitzenden den kurzen Überblick von Johannes Müller-Salo: Revolution in Freiheit. Vor fünfzig Jahren trat Eduardo Frei Montalva in Chile das Präsidentenamt an, in: Die Politische Meinung 527 (Juli/August 2014), S. 116–119.

3 Interview mit Rudolf Schloz, Mai 2012 in Bonn. Schloz war 1964 Leiter des KAS-Büros in Chile.

Position half der deutschen Seite, eine Position der Äquidistanz im Verhältnis zu den linken Parteien zu entwickeln. Dies hat geholfen, sich klar gegen die Diktatur von Pinochet zu stellen und eine ablehnende Haltung sowohl gegenüber linken als auch rechten Diktaturen zu entwickeln.⁴

Diese Kooperation war und ist themenübergreifend, unabhängig von den jeweiligen politischen Verhältnissen in beiden Ländern und besteht auch nach all den Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte weiter fort.

Zu diesen historischen Erfahrungen zählt die Schwierigkeit, zu einem parteiinternen Konsens innerhalb des PDC zu gelangen, der das Militärregime einhellig ablehnte und die Realität anerkannte, dass das Militär die Regierungsgewalt nicht in zivile Hände legen würde. Im PDC wurde erst im Laufe der Zeit Kritik an der Regierung laut und erst zehn Jahre nach dem Militärputsch war es möglich, mit den Parteien der Linken Gespräche zu führen, die zur Zusammenarbeit und gemeinsamen Vereinbarungen führten. Dabei konnten Bündnisse geschlossen werden, die sich letztlich durch den Sieg der „Concertación“ beim Plebiszit 1988 durchsetzten.

Schwierig war die Causa Chile für die CDU vor allem, weil der Parteivorsitzende ihrer Schwesterpartei CSU, Franz Josef Strauß, von Anfang an die Pinochet-Diktatur wegen ihres Kampfs gegen den Kommunismus weniger kritisch sah. Eine ähnliche Haltung vertraten auch verschiedene CDU-Politiker, andere zeigten sich später beeindruckt vom Wirtschaftssystem, das Pinochet installiert hatte. Helmut Kohl jedoch nahm als Vorsitzender der CDU und noch vehementer später als Bundeskanzler den Standpunkt ein, dass der Schutz der Menschenrechte und die Ablehnung jeder Diktatur, sei sie von linker oder rechter Ideologie geprägt, höher einzuschätzen seien als die Bekämpfung des Kommunismus oder das „Wirtschaftswunder“ von Pinochet.⁵

Im Folgenden sollen die Zusammenarbeit zwischen den deutschen Christdemokraten, der Konrad-Adenauer-Stiftung und den chilenischen Christdemokraten im Zeitraum von 1973 bis 1989 nachgezeichnet und eine Grundlage für weitergehende Fragen und Analysen erarbeitet werden. Beim Blick auf die teilweise langwierige und schwierige Meinungsbildung und -entfaltung im Verhältnis von CDU und PDC in Hinsicht auf die Einschätzung der chilenischen Situation und ihrer Entwicklung, gilt es zu berücksichtigen, dass sowohl die öffentlichen wie die privaten und vertraulichen Informationskanäle bei weitem nicht mit den heutigen Standards an Geschwindigkeit und Quantität bei der Informationsübermittlung verglichen werden können.

4 Interview mit Mario Fernández, November 2012 in Santiago de Chile. Mario Fernández war KAS-Stipendiat in Heidelberg von 1975–1980, später u. a. Verteidigungsminister.

5 Vgl. Ostpreußenblatt, 1. Mai 1976, und Union in Deutschland (UiD), 3. Februar 1977. Der UiD ist komplett im Internet abrufbar unter: <http://www.kas.de/wf/de/34.31>.

Konrad-Adenauer-Stiftung in Chile

Die Konrad-Adenauer-Stiftung baute ihre Tätigkeit in Chile durch die Zusammenarbeit mit politischen Parteien, Gewerkschaften, Genossenschaften, Massenmedien, Studenten, Wissenschaftlern, Unternehmern, Jugendgruppen und sozialen Organisationen auf. Dies geschah mit Programmen und Projekten, die Orientierung für das gesellschaftliche und politische Zusammenleben im Hinblick auf bestimmte Werte, Ziele, Prinzipien und Bedingungen bieten sollten. „Die Ziele der KAS waren die Wahrung der Menschenrechte und der Demokratie als Staats- und Lebensform, eine sozial gerechte Wirtschaftsordnung und ein freier Rechtsstaat. Sie half durch ihre solidarische Zusammenarbeit dabei, Demokratie, Rechtsstaat und soziale Gerechtigkeit in den lateinamerikanischen Ländern zu fördern.“⁶

Es gilt zu betonen, dass die KAS Initiator eines Netzes internationaler Kooperationen war, sowohl in Chile als auch in anderen Ländern Lateinamerikas. „Man muss zwischen den siebziger und den achtziger Jahren unterscheiden: In den siebziger Jahren haben die Beziehungen zwischen CDU und PDC keine große Rolle gespielt, für die Chilenen war die KAS wichtiger als die Partei. Seit Beginn der achtziger Jahre gab es mehr Kooperation zwischen den Parteien. Blüm und Geißler haben initiiert, dass die CDU intensiv mit ihrer Schwesterpartei kooperiert.“⁷

Hier muss man auch auf die Unabhängigkeit der Arbeit der KAS von der CDU hinweisen. Die KAS ist eine parteinahe Stiftung, aber nicht die Stiftung einer Partei. Die Stiftung arbeitet mit öffentlichen Mitteln und legt Rechenschaft über ihre Aktivitäten und ihre finanziellen Mittel ab. In den Worten von Josef Thesing: „Wir gehören einer Familie an, haben aber unterschiedliche selbständige Aufgaben. Es gibt eine bestimmte Grenze, die auf das Grundgesetz zurückgeführt werden kann. Das ist eine sehr klare Linie. Wir dürfen keine Wahlkampagne unterstützen, weder in Deutschland noch im Ausland. Von außen wird dieser Unterschied vielleicht nicht immer deutlich, aber die CDU bietet keine Seminare und andere Veranstaltungen in Chile an und ist nicht präsent. Aber wir machen solche Angebote und wir sind präsent.“⁸

Bei den Bildungsprogrammen, die die KAS durchführte, war der Austausch zwischen Parteiführungskräften, Verbandsvertretern, Unternehmern, Journalis-

6 Mario Fernández Baeza: Solidaridad para la libertad, la democracia y la justicia social. 50 años de cooperación de la Fundación Konrad Adenauer con Chile, in: La Fundación Konrad Adenauer y la promoción de la democracia. Experiencias de 50 años de cooperación con Chile. Santiago de Chile 2012, S. 25–64.

7 Interview mit Hans-Jürgen Weiß, Mai 2012 in Bonn. Weiß war Konferenzdolmetscher der KAS. Von 1970 bis 1992 arbeitete er als Referent für Deutschlandprogramme.

8 Interview mit Josef Thesing, Mai 2012 in Bonn. Thesing war Leiter des Internationalen Instituts der Konrad-Adenauer-Stiftung.

ten und anderen Persönlichkeiten in Seminaren wichtig. Einerseits wollte man zusätzlichen technischen Wissenstransfer, andererseits beabsichtigte man, auch den Kontakt zu wichtigen Persönlichkeiten von CDU und Junger Union sowie von Gewerkschaften und Wirtschaftskammern aufzubauen und zu vertiefen. Eine besondere Bedeutung maß man dem Zusammentreffen mit deutschen Parlamentariern bei, die sich auf Themen wie Außenpolitik und Entwicklungsarbeit spezialisiert hatten. Laut Thesing „war der Ideenaustausch grundlegend, um sich besser kennen und verstehen zu lernen und oberflächliche Vorurteile über angebliche linke Christdemokraten in Lateinamerika abzubauen“.

Anfangs waren die Partner der KAS in Chile das Instituto Chileno de Estudios Humanisticos (ICHEH), die Corporación de Promoción Universitaria (CPU) und das Centro de Estudios Humanisticos Latino-Americanos (CEHLA). Diese Institutionen erarbeiteten auf der Basis einer christlichen Weltanschauung gemeinsam mit jungen Leuten und führenden Persönlichkeiten Themen u. a. in den Bereichen höhere Bildung, Gesundheit, Justiz, Arbeit und Gewerkschaften. Einige Direktoren dieser Zentren wurden später Minister in der Regierung Aylwin.⁹ In den 1980er Jahren wurde eine Beziehung zum Instituto Latino-Americano de Estudios Sociales (ILADES) und seinem Wirtschafts-Master-Programm in Kooperation mit der Georgetown University hergestellt, aus dem sich die heutige Alberto-Hurtado-Universität entwickelte.

Wichtig und bis heute unvergessen sind die Sommerschulen, ein Erfolg, der sich darin widerspiegelt, dass viele der damaligen Teilnehmer das Rückgrat des heutigen PDC bilden. Ricardo Hormazabal, ein späterer Vorsitzender des PDC, sagte darüber: „Die beste Generation, die jemals aus der christlich-demokratischen Jugend hervorging, wurde durch die Unterstützung der KAS für das Centro de Capacitación Juvenil (CPJ) mitherangezogen, und zwar in der Ausbildungsabteilung, die von Soledad Alvear, gemeinsam mit anderen Parteifreunden, geleitet wurde. Das Ausbildungsniveau der Sommerschulen war sehr anspruchsvoll, und richtete sich an Jugendliche zwischen 12 und 18 Jahren. Wir zeigten ihnen die Wahlmöglichkeiten auf, wir legten sie also nicht auf eine bestimmte Kategorie fest. Wir brachten ihnen die Entwicklung der europäischen Parteien nahe. Wir brachten ihnen Diskussions- und Redetechniken bei, zeigten ihnen Probleme bei der Bildung auf, wir animierten sie zum Lesen, wählten sie über Wettbewerbe aus. Diese Generation war phantastisch. Ein Großteil der tragenden Säule der Partei bilden Jugendliche aus dieser Zeit, die in den Fortbildungsschulen ausgebildet worden waren.“¹⁰ Nachdem die KAS

9 Unter anderem wurde Jorge Jimenez aus der CPU erster Gesundheitsminister, Francisco Cumplido erster Justizminister und René Cortazar von der CELAH Arbeitsminister.

10 Interview mit Ricardo Hormazabal, November 2013 in Santiago de Chile. Hormazabal war Vorsitzender der Christlich-Demokratischen Partei von 2000–2001 sowie chilenischer Botschafter in Deutschland von 1998–2000.

ihre Zusammenarbeit neu strukturiert hat, hat sie seit 2010 nur noch einen institutionellen chilenischen Partner, den Centro Democracia y Comunidad (CDC).

Die politische Situation in Chile vor dem Putsch

Obwohl der erste christdemokratische Präsident Chiles, Eduardo Frei Montalva, als erfolgreicher Präsident galt, konnte er sich für die Wahlen 1970 nicht als Kandidat aufstellen lassen, da das politische System Chiles keine unmittelbare Wiederwahl zulässt.

Bei der Präsidentschaftswahl 1970 war Radomiro Tomic der Kandidat des PDC. Tomic war davon überzeugt, dass man „in Chile keine revolutionären Veränderungen von essentiell demokratischem Inhalt, die das Land braucht, ohne eine Einigung zwischen der Christdemokratie, den sozialen Kräften und den politischen Kräften, die die Veränderungen befürworten“¹¹ bewirken könne.

Die CDU hielt Tomic nicht für einen geeigneten Kandidaten, um die Regierung von Frei Montalva fortzusetzen. Der ehemalige Leiter der Politischen Akademie Eichholz, Peter Molt, äußerte sich dazu wie folgt: „Tomic war der falsche Kandidat, ein Linker. Der PDC hätte mit einem konservativen Kandidaten antreten müssen, einem Kandidaten, der für alle akzeptabel gewesen wäre. Also im Land, in Chile, war abzusehen, schon April 1970, dass Tomic Dritter werden würde. Es hätte mindestens einen Kandidaten geben müssen, der Zweiter wird, damit ihn danach auch die Konservativen unterstützen. Es war ja eine Bürgerkriegssituation, das war in Chile ganz schlimm. Es gab eine Mehrheit, die bewaffnet wurde. Es gab schon vor der Wahl eine große Unzufriedenheit bei den Militärs. Ich kannte einige in der Armee, die gesagt haben, wir erlauben nicht, dass es neben uns eine andere bewaffnete Gruppe gibt, eine bewaffnete Miliz. Das kann kein Staat akzeptieren. Allende war ja schwach und konnte das nicht kontrollieren. [...] Frei und Aylwin wollten nicht, dass Tomic Kandidat wird, aber er hatte die Jugend hinter sich mit der Mapu¹². Das Problem war, dass Frei nicht mehr die Kontrolle über die Partei hatte, sie war ihm entglitten, und später hat Mapu Allende unterstützt.“¹³

Am 4. September 1970 erzielte Salvador Allende bei seiner vierten Kandidatur für das Präsidentenamt einen Anteil von 36,6 Prozent der Stimmen, gefolgt von Jorge Alessandri mit 35,3 Prozent und Radomiro Tomic mit 28,1

11 Radomiro Tomics Äußerung in: Las Ultimas Noticias, 6. März 1969.

12 Mapu nannte sich eine Gruppierung des linken Flügels der Christlich-Demokratischen Partei, insbesondere die Mitglieder der christdemokratischen Jugendorganisation, die sich bei der Nationalversammlung im Mai 1969 vom PDC trennten.

13 Interview mit Peter Molt, Mai 2012 in Bonn. Molt ist ehemaliger Leiter der Politischen Akademie Eichholz.

Prozent. Weder die Unidad Popular (UP) Allendes noch Alessandris Rechte hatten genügend Stimmen, um ihren jeweiligen Kandidaten durchzusetzen.¹⁴

Der Nationalrat des PDC billigte in dieser Situation einstimmig einen Forderungskatalog mit 75 Bedingungen an Allende im Gegenzug für ihre Unterstützung. Nachdem Allende das Dokument akzeptiert hatte, wurde es am 22. Oktober der Abgeordnetenkammer vorgelegt und genehmigt, sodass zwei Tage später bei der Tagung des Plenums des Kongresses Allende mithilfe der 75 Stimmen der Parlamentarier des PDC zum neuen Präsidenten Chiles gewählt wurde.¹⁵

Schon vor der Wahl 1970 äußerten viele Diplomaten, dass die Christlichen Demokraten in Chile Kommunisten seien. Das galt besonders für die Parteijugend, die einen linksorientierten Diskurs führte und die Reformen Freis als zu vorsichtig kritisierte.¹⁶ Die Tatsache, dass der PDC Allende unterstützt hatte, wurde innerhalb der CDU sehr kritisiert, auch zu späteren Zeiten. Die konservativsten Kreise der CDU beschuldigten den PDC und machten ihn für den späteren Militärputsch verantwortlich, weil er naiver Weise an die Zusagen Allendes geglaubt hätte.¹⁷

Der Militärputsch vom 11. September 1973

Nach dem Staatsstreich von General Augusto Pinochet, in dessen Verlauf Staatspräsident Allende Selbstmord beging, war der PDC in seiner Einschätzung gespalten. Auf der einen Seite standen Patricio Aylwin und Eduardo Frei Montalva, die glaubten, dass das Militär die Macht an die Zivilisten übergeben werde, sobald die politische Ordnung wiederhergestellt sei.¹⁸ Auf der anderen

14 Das Plenum des chilenischen Kongresses, das aus zwei Parlamentskammern besteht, muss zwischen den Bewerbern mit den beiden höchsten relativen Mehrheiten wählen, sollte kein Präsidentschaftskandidat mehr als die Hälfte der gültigen abgegebenen Stimmen erhalten. Seit dem Inkrafttreten des Verfassungstextes war dieses Prozedere drei Mal angewendet worden, wobei der Kongress bei allen drei Anlässen den Kandidaten gewählt hat, der die relative Mehrheit erhalten hat.

15 Das Ziel der 75 verfassungsmäßigen Garantien war es, von Allende die Zusicherung zu erreichen, dass in Chile vollumfänglich demokratische Verhältnisse und die politischen Freiheitsrechte fortbestehen würden.

16 Vgl. Interview mit Rudolf Schloz, Mai 2012 in Bonn.

17 Vgl. die Briefe von Willy Otten, Peter Bredfeld und Gerhard Goldberg an Henning Wegener vom Juni 1980, in: Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) 07-001-16195 (Bestand CDU-Bundespartei).

18 Am 8. November 1973, zwei Monate nach dem Militärputsch, schickte der ehemalige Präsident Frei Montalva dem Präsidenten der Christlich-Demokratische Weltunion, Mariano Rumor, einen Brief über die Lage in Chile und beschrieb die Krise, die am Ende Chile zu der Wahl der populäre UP gebracht hatte. Ebenso beschrieb er die Rolle seiner Partei und die Gründe einer zivil-militärischen Bewegung, die Regierung Allende zu beenden. Dieser Brief wurde als Rechtfertigung eines militärischen Eingriffs interpretiert.

Seite standen Bernardo Leighton, Radomiro Tomic, Renán Fuentealba sowie weitere zehn prominente Politiker des PDC, die ihre uneingeschränkte Ablehnung des Militärputsches in einem öffentlichen Brief, dem „Brief der 13“, demonstrierten.¹⁹

Das CDU-Präsidium erklärte zum Umsturz in Chile am 1. Oktober 1973: „Die CDU bedauert den gewaltsamen Umsturz der demokratisch gewählten und verfassungsmäßigen Regierung in Chile. Sie unterstützt die Haltung der Christlichen Demokraten Chiles und verurteilt die Missachtung der Menschenrechte durch die Militärdiktatur. Die Union lehnt eine Politik der Gewalt, wo immer sie praktiziert wird, entschieden ab. Deshalb fordert sie die jetzigen Machthaber in Chile auf, entsprechend der demokratischen Tradition ihres Landes die Verfassung wieder voll in Kraft zu setzen und die Wahl einer demokratischen Regierung zu gewährleisten. [...] Die CDU hält die Aufhebung des Verbotes der demokratischen Parteien in Chile für eine zwingende Notwendigkeit.“²⁰

Als erstes Mitglied des Bundestages reiste nach dem Militärputsch der CDU-Abgeordnete und Vorsitzende der KAS, Bruno Heck, im Oktober 1973 nach Chile. Nach seiner Rückkehr erregten zwei seiner Aussagen, mit denen er seine Eindrücke aus Chile zusammenfasste, große Aufmerksamkeit. Die erste lautete: „[D]ie Mehrheit, die große Mehrheit des chilenischen Volkes wollte den Bürgerkrieg nicht. Deswegen hat sie das Eingreifen der Streitkräfte gewünscht oder doch als allerletzten Ausweg toleriert.“²¹ Die zweite Äußerung, die die Süddeutsche Zeitung veröffentlichte, war Gegenstand gerichtlicher Auseinandersetzungen zwischen Heck und der Zeitung und wurde legendär. Die Süddeutsche Zeitung zitierte Heck mit einem Satz in Bezug auf politische Gefangene, die im Stadion von Santiago unter freiem Himmel interniert waren: „Das Leben im Stadion ist bei sonnigem Frühlingswetter recht angenehm.“²²

Frei Montalva war eingeladen, am Hamburger Parteitag der CDU 1973 teilzunehmen. Aufgrund der starken Kritik und heftigen Proteste der deutschen

19 In dem „Brief der 13“ hieß es: „Wir verurteilen kategorisch den Sturz des verfassungsmäßigen Präsidenten von Chile, Herrn Salvador Allende, von dessen Regierung wir, durch den Volkswillen und nach Entscheidung unserer Partei, unablässige Gegner waren. Wir verneigen uns respektvoll davor, dass er sein Leben zum Schutz der Autorität der Verfassung geopfert hat.“ Abgedruckt in: Jorge Donoso Pacheco/Grache Dunlop Echavarrí: Los 13 del 13. Los DC contra el golpe. Santiago de Chile 2013, S. 11.

20 UiD, 4. Oktober 1973, S. 1.

21 UiD, 18. Oktober 1973.

22 Wilhelm Hofmeister: Die deutschen Christdemokraten und Chile, in: *Auslandsinformationen der Konrad-Adenauer-Stiftung* 7 (2004), S. 35. In dem Interview mit der Verfasserin im Mai 2012 erläuterte Thesing die Bedeutung der Aufregung um das Zitat und stellte klar, dass eine solche Äußerung in der damaligen Situation nicht angemessen gewesen war.

Linken, die Frei beschuldigten, den Putsch unterstützt zu haben, wurde der Besuch seitens der CDU aber abgesagt.²³ An seiner Stelle trat Patricio Aylwin als Redner auf dem Parteitag auf, der gemeinsam mit Claudio Orrego auf Einladung der KAS in Deutschland war, um über die Situation in Chile zu sprechen. In seiner Ansprache bedankte sich Aylwin für die Einladung auf den Parteitag und sprach über die christlichen Grundwerte, die beide Parteien verbanden, aber er sagte nichts zum Militärputsch und der aktuellen Lage in Chile.²⁴

Die Konrad-Adenauer-Stiftung arbeitete weiterhin in Chile, aber unter den gegebenen Umständen natürlich deutlich vorsichtiger. Am 15. April 1974 half die KAS bei der Gründung des Instituto Chileno de Estudios Humanísticos (ICHEH), das die Aufgaben übernahm, die zuvor das Instituto de Estudios Políticos wahrgenommen hatte. Entscheidende Persönlichkeiten der Entstehungszeit des Institutes waren Eduardo Frei Montalva, Jaime Castillo Velasco und Claudio Orrego Vicuña. Das ICHEH hielt während der gesamten Diktatur eine Vielzahl von Aktivitäten aufrecht. Eines der wichtigsten Seminare, das unter der Militärregierungszeit abgehalten wurde, wurde unter dem Thema „Juristisch-Politisches Verfassungssystem für Chile“ im Jahr 1984 veranstaltet. Mit diesem wollte man Antworten auf die Frage finden, wie es möglich sei, „einen Weg aus der Diktatur, basierend auf der Verfassung von 1980, zu finden“. Die Funktionstüchtigkeit des ICHEH war nie unterbrochen. Die KAS bezog bei ihren Bildungsprogrammen zusätzlich andere Institutionen ein, vor allem solche, die der Katholischen Kirche nahestanden, wie z. B. die Fundación Cardijn und die Parroquia Universitaria. Später trat das Centro de Estudios Laborales Alberto Hurtado (CELAH) als Partner hinzu, eine Einrichtung, die mit der Kirche verbunden und zur weltweiten Gewerkschaftsbewegung hin orientiert war.²⁵

Die 1970er Jahre – Zusammenarbeit in Zeiten der Diktatur

Am 15. Dezember 1974 schickte der entwicklungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Todenhöfer, einen Brief an Augusto Pinochet, in dem er forderte, den Menschenrechten wieder Geltung zu verschaffen, das Verbot der politischen Parteien aufzuheben und die politischen

23 Gegen den Besuch von Frei, in: Kommunistische Schulzeitung, 12. November 1973 (http://www.mao-projekt.de/BRD/NOR/HBG/Hamburg_Chilesolidaritaet_1973_November_Frei-Besuch.shtml, Abruf: 18. Juni 2014).

24 Vgl. Protokoll des 22. Bundesparteitages der CDU in Hamburg vom 18.–20. November, in: <http://www.kas.de/wf/de/71.8935/>, S. 32 (Abruf: 17. Juni 2014).

25 Vgl. Josef Thesing: La Fundación Konrad Adenauer en América Latina. Historia de una larga cooperación. Segunda parte, in: *Diálogo Político*. Publicación trimestral de la Konrad-Adenauer-Stiftung A.C. Buenos Aires 1 (2011), S. 173–203.

Gefangenen freizulassen. Im März 1975 hatte er ein Treffen mit Pinochet und berichtete danach in Bonn von seinem achtstündigen Gespräch mit dem Junta-Chef, in dem der Diktator die Freilassung von mehr als 4.000 politischen Gefangenen in Aussicht gestellt haben sollte. Zugleich forderte Todenhöfer die Regierung auf, sie möge die Zusage über einen Entwicklungskredit in Höhe von 45 Millionen Mark einhalten, die der damalige Parlamentarische Staatssekretär im Entwicklungshilfeministerium, Hans Matthöfer, 1973 gegenüber dem sozialistischen Staatspräsidenten Allende gegeben hatte.²⁶

Ein herausragendes Ereignis war der Besuch des Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages und Präsidenten der Europäischen Union Christlicher Demokraten (EUCD), Kai-Uwe von Hassel, bei dem dieser sich eindringlich für die Wahrung der Menschenrechte in Chile einsetzte. Am 3. November 1975 traf er sich mit General Pinochet und sprach direkt Verhaftungen, Folter und Verschleppung von Personen an, die danach nie wieder zurückkehrten. Er wies die Einwände Pinochets, dass Chile sich doch auf dem Weg zur Demokratie befinde, zurück und sprach sich gegen die gerade ergangene Verfügung zur Einstellung der Zeitschrift „Politica y Espiritu“ aus, die mit der KAS verbunden war. „Sie besteht seit dreißig Jahren und wollte in Kürze eine Sondernummer zu ihrem Jubiläum herausgeben. Außerdem ist eine Sondernummer zum hundertsten Geburtstag Konrad Adenauers geplant, und in einer letzten Nummer hat unser Präsident Scheel einen Artikel veröffentlicht.“²⁷

Kai-Uwe von Hassel traf sich in Deutschland mit dem chilenischen PDC-Beauftragten für die internationalen Beziehungen in Europa, Pedro Medrano. Pedro Medrano hatte von Patricio Aylwin persönlich den Auftrag erhalten, Kontakt zu Persönlichkeiten der CDU/CSU herzustellen. Bei diesem Gespräch bat Medrano um politische Unterstützung etwa in Form von Protesttelegrammen und Resolutionen zur Unterstützung politischer Häftlinge.²⁸

Die Junge Union begann 1976 mit ihrer „Aktion Menschenrechte“ in Gelsenkirchen damit, in der Öffentlichkeit noch mehr als bisher die Verpflichtung freier Menschen für den Kampf gegen die Unterdrückung in anderen Staaten deutlich zu machen. Ein ehemaliger Abgeordneter des PDC, der im Londoner Exil war, Claudio Huepe, war ein Redner auf dieser Veranstaltung. Außerdem wurde eine Dokumentation über Menschenrechtsverstöße unter anderem in Chile und das von der JU beschlossene „Gelsenkirchener Manifest“ veröffentlicht. Auf der Versammlung sprach auch der CDU-Vorsitzende Helmut

26 Vgl. Chile-Hilfe. Charakter klarmachen, in: Der Spiegel, 14. April 1975.

27 Volker Koop: Kai-Uwe von Hassel. Eine politische Biographie. Weimar 2007, S. 241–244.

28 Vgl. den Brief von Kai-Uwe von Hassel an Botschafter Böx, 25. November 1975, in: ACDP 07-001-16010.

Kohl²⁹, dessen Rede zwei chilenischen Besuchern, Edgardo Riveros und Ricardo Hormazabal, bis heute eindrücklich in Erinnerung geblieben sind. Die politische Botschaft Helmut Kohls war es, zu betonen, dass die Menschenrechte durch die DDR genauso verletzt würden wie in Chile und der Sowjetunion, was überall gleichermaßen zu verurteilen sei.³⁰

Eine der ersten Handlungen Kohls zur Verteidigung der Menschenrechte in Chile war ein öffentliches Protesttelegramm an Augusto Pinochet im August 1976. Er protestierte gegen die Verletzung elementarer Menschenrechte durch die chilenische Regierung sowie die Zwangsexilierung von zwei Juristen³¹, die sich für die Menschenrechte im Land einsetzten, und forderte zugleich Freiheit für das chilenische Volk.³²

Von 1973 bis 1980 war Willy Otten der Vertreter der KAS in Chile, die längste Amtszeit eines Büroleiters der KAS in Chile. Er arbeitete auch als Autor für die Frankfurter Allgemeine Zeitung und schrieb dort häufig über das erfolgreiche chilenische Wirtschaftsmodell, das General Pinochet eingeführt hatte. Während seiner Zeit als Vertreter der KAS in Chile gab es einen kontinuierlichen Briefwechsel zwischen ihm und CDU-Politikern.

In Reaktion auf das Protesttelegramm von Helmut Kohl schrieb Willy Otten an den Leiter der Hauptabteilung Politik der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Warnfried Dettling, einen Brief und kritisierte darin das Telegramm. Kohl habe damit „der CDU, der KAS und auch den chilenischen Freunden einen sehr schlechten Dienst erwiesen. In dem Telegramm sind alle Tatsachenbehauptungen unrichtig. Der deutsche Botschafter in Santiago, Herr Strätling (Intimus von vielen CDU-Abgeordneten) ist empört. Und unsere Präsenz hier hängt jetzt bestimmt am seidenen Faden. Es ist nicht Dein Zuständigkeitsbereich aber vielleicht kannst du mal mit Herrn Bilke in der Bundesgeschäftsstelle über den ungewöhnlichen Vorgang sprechen, vielleicht auch zusehen, dass Herr Bilke sich mit Herrn Thesing und Dr. Heck konsultiert.“³³

29 „Die Menschenrechte sind die Rechte des einzelnen. Sie sind der Politik vorgegeben und legen ihr Verpflichtungen auf. Die Menschenrechte können aber nicht allein von der Politik durchgesetzt werden. Die Leistungen des einzelnen müssen hinzukommen. Rechte ohne Pflichten haben auf Dauer keinen Bestand. Dies gilt national wie international. Jeder von uns steht in der Pflicht, für die Verwirklichung der Menschenrechte zu kämpfen, wenn er sie nicht selbst verlieren will.“ UiD, 3. Februar 1977.

30 Vgl. Das Ostpreußenblatt, 1. Mai 1976.

31 Jaime Castillo und Eugenio Velasco gehörten zur Gruppe von fünf Juristen, die ein Dokument über die Menschenrechtslage in Chile an verschiedene Außenminister überreichten, die sich in Chile zur Generalversammlung der Organisation Amerikanischer Staaten versammelt hatten. Nach dieser Aktion wurden Castillo und Velasco ausgewiesen.

32 Vgl. UiD, 16. August 1976.

33 Brief Willy Otten an Warnfried Dettling vom 19. August 1976, in: ACDP 07-001-16010.

Vor dem Hintergrund dieser neuen Situation traf sich Josef Thesing mit General Rafael Ortiz, dem Direktor des Präsidentenbüros, in Chile. Thesing berichtete später darüber: „Ich erklärte dem General das Ziel der KAS, die PDC und die mit der PDC in Verbindung stehenden Institutionen im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten zu unterstützen. Gleichzeitig warnte ich ihn auch davor, dass, im Falle eines Verbots der Aktivitäten seitens der Stiftung in Chile, sich die chilenische Regierung auf beträchtliche politische Konsequenzen in Deutschland und auch in Europa gefasst machen müsse. Dies gefiel dem General überhaupt nicht und er erklärte mir, dass die Regierung zwar nicht mit der Arbeit der KAS einverstanden sei, aber nicht daran dachte, diese zu verbieten.“³⁴ Die Aktivitäten der Stiftung liefen also weiter unter einer neuen „Überlebensstrategie“³⁵.

Unmittelbar nach dem Parteiverbot des PDC 1977 schrieb der Präsident der EUCD, Kai-Uwe von Hassel, einen Brief an General Pinochet: „Die Europäische Union Christlicher Demokraten protestiert nachdrücklich gegen das Verbot ihrer Schwesterpartei in Chile, der PDC. Die PDC hat sich in der Vergangenheit um die demokratischere Gestaltung Chiles unermessliche Verdienste erworben und eine demokratische Zukunft Chiles kann ohne die PDC glaubhaft nicht verwirklicht werden. Die europäischen christdemokratischen Parteien ersuchen Sie nachdrücklich, das Verbot der Partei rückgängig zu machen und die Beschränkung ihrer politischen Arbeit zu beenden.“³⁶

Am 2. September 1977 ersuchte Helmut Kohl auf Bitte des Generalsekretärs der Christlich-Demokratischen Weltunion die CDU/CSU-Bundestagsfraktion um Unterzeichnung eines offenen Briefes an General Pinochet und erklärte, dass damit nicht nur die Solidarität mit den Parteifreunden, sondern mit dem gesamten chilenischen Volk zum Ausdruck gebracht werde. In dem offenen Brief hieß es: „Mit großem Bedauern haben wir von der Entscheidung Ihrer Regierung erfahren, die sich hauptsächlich gegen die chilenische Christdemokratische Partei richtet. [...] Wir protestieren schärfstens gegen die vorerwähnten Tatsachen und bitten Sie dringend darum, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, damit eine wirkungsvolle Respektierung der grundsätzlichen Rechte und Freiheit aller Chilenen und die Wiedereinführung des Rechtsstaates er-

34 Thesing: Testimonio sobre la vida y obra de Eduardo Frei Montalva, in: Integración, Democracia y Desarrollo. El legado de Eduardo Frei Montalva para el humanismo cristiano. Hg. von Eduardo Frei u. a. Santiago de Chile 2011, S. 58.

35 Ders.: La fundación Konrad Adenauer, S. 78. Der verstärkte Austausch war eine der „Überlebensstrategien“, die Thesing entwickelte, um weiterhin mit dem suspendierten PDC zu arbeiten. Siehe hierzu auch: Bernhard Vogel: Democracia, desarrollo e integración. La visión y las ideas del humanismo cristiano y su relevancia para el mundo contemporáneo, in: Integración, Democracia y Desarrollo, S. 43–51; Thesing: La Fundación Konrad Adenauer en América Latina. Historia de una larga cooperación, in: Diálogo Político. Buenos Aires 3 (2010), S. 173–192.

36 Kai-Uwe von Hassel über PDC-Verbot vom 16. März 1977, in: ACDP 07-001-16030.

möglichst, die Existenz und Arbeit der Politischen Parteien und demokratischen Institutionen erlaubt werden und freie Wahlen zur Errichtung einer demokratischen Regierung stattfinden können.“³⁷

Der Leiter der KAS in Chile, Willy Otten, war mit derartigen öffentlichen Aktionen der CDU oder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unzufrieden. Bei mehreren Gelegenheiten lehnte er zum Teil öffentlich die an Pinochet gerichteten Briefe und Telegramme mit der Begründung ab, solche Aktionen würden den Verbleib und die Arbeit der Stiftung in Chile gefährden. Anlässlich des von Kohl an Pinochet gerichteten Telegramms, schrieb er an Geißler: „Die Geschichte des ominösen Briefes von Herrn Dr. Kohl an Herrn Pinochet macht auch hier keinen guten Eindruck. Ich möchte Ihnen nochmal empfehlen die in außenpolitischen Fragen verfügbaren Kenntnisse der Stiftung ‚abzurufen‘.“³⁸

Eduardo Frei besuchte im Mai 1977 Helmut Kohl und den SPD-Vorsitzenden Willy Brandt. In Chile traf er sich später mit dem deutschen Botschafter und erklärte diesem gegenüber, „Kohl hatte ein großes Interesse an Chile gezeigt und ihn drei Stunden lang systematisch über die Lage in Chile ausgefragt“.³⁹

Dazu schrieb Otten in einem Brief an Thesing: „Es gibt unter den chilenischen Christdemokraten einige, die ‚direkte Aktionen‘, wie es der Brief Dr. Kohls gewesen ist, begrüßen. Aber sie bringen nichts ein, sondern sind schädlich. Auch Herr Frei hat in seinem fast 3 stündigen und teilweise kontroversen Gespräch mit Franz Josef Strauss erneut darauf hingewiesen, dass diskretere

37 Entwurf eines Schreibens von Kohl an die Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion betr. Chile vom 2. September 1977, ebd.: „[...] In Chile hat sich neben der fortgesetzten Unterdrückung des chilenischen Volkes mit dem Verbot und der Beschlagnahmung des Vermögens unserer bis dahin nur formal suspendierten chilenischen Schwesterpartei die Lage abermals verschärft. Ich folge deshalb gerne einer Bitte des Generalsekretärs der Christlich Demokratischen Weltunion um Unterzeichnung eines offenen Briefes an General Pinochet, den Führer der chilenischen Militärjunta. [...] Wir bringen hiermit nicht nur unsere Solidarität mit unseren Parteifreunden sondern mit dem gesamten chilenischen Volk zum Ausdruck.“

38 Willy Otten an Geißler (Herrn Dr. Heck) über einen Kurier des Auswärtigen Amtes vom 7.–14. Oktober 1977, ebd.: „Das ‚Formtief‘, das die FAZ Herrn Dr. Kohl anhängen will, ist allerdings leicht bei unseren chilenischen Freunden zu orten, die sich in ihren theoretischen Überlegungen immer mehr von der Wirklichkeit entfernen und sich bedauerlicherweise in einer sinnlosen Polemik wohlgefallen. Wir dürfen uns nicht durch falsch verstandene Solidarität in eine ähnliche Haltung drängen lassen. Damit würden wir unseren chilenischen Freunden sicherlich am wenigsten helfen. Chile steht weiterhin im Blickwinkel auch der deutschen Öffentlichkeit. Gerade auch deshalb wird von unserer offiziellen deutschen Vertretung, der Botschaft, und wohl auch von der KAS eine nüchterne und möglichst objektive Beurteilung der Vorgänge in diesem Lande erwartet. Unsere bescheidenen, aber deshalb nicht zu unterschätzenden Möglichkeiten, diesem Land in zulässiger Weise zu helfen, sollten nicht durch unbedachte Chile-Aktionen der CDU erschwert werden.“

39 Gespräch des deutschen Botschafters in Chile, Erich Strähling, mit Frei am 22. Juni 1977, ebd.

Wege gesucht werden müssten. Erst recht, was unsere Zusammenarbeit angeht, kann an eine bewusste öffentliche Darstellung gar nicht gedacht werden.⁴⁰

Auch andere wichtige Mitglieder des PDC unternahmen Reisen durch Europa, um über die Situation in Chile zu berichten. Auf einer dieser Reisen trafen sich Andres Zaldivar und der PDC-Generalsekretär Juan Hamilton mit Kohl, Geißler, von Hassel und Heck. Dabei wurden unterschiedliche Themen angesprochen, die alle mit dem Problem des Überlebens der Partei zusammen hingen. Dabei äußerten sie, dass die Vereinbarungen, die mit der Christlich-Demokratischen Weltunion getroffen wurden, für den PDC eine große Hilfe seien. Der PDC lege daher großen Wert auf die öffentliche Solidarität mit seiner Politik und begrüße auch ausdrücklich den „Offenen Brief“ an General Pinochet.⁴¹ In diesen Gesprächen wurde von den beiden auch auf den Aspekt materieller Hilfe angesichts der Konfiszierung des Parteivermögens in Chile aufmerksam gemacht. In einem Gespräch mit dem CDU-Bundestagsabgeordneten Werner Marx wurde das Ziel einer Allianz der demokratischen politischen Kräfte im Land benannt, in der aber die kommunistischen Parteien keinen Platz haben dürften.⁴²

In der Zwischenzeit hatten sich die Beziehungen zwischen Eduardo Frei Montalva und dem CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß, der von Anfang an den Militärputsch in Chile befürwortet hatte, zusehends verschlechtert. Am 19. November 1977 traf sich Strauß anlässlich des Festaktes zum 125. Jahrestag des Beginns der deutschen Einwanderung in Chile mit Pinochet. Er äußerte sich dabei despektierlich über den PDC und Frei Montalva und unterstützte die Regierung Pinochets.⁴³ Eduardo Frei Montalva hielt sich zu diesem Zeitpunkt in New York auf und verwehrte sich in einer öffentlichen Erklärung nachdrücklich gegen die historischen Darstellungen und Behauptungen von Strauß sowie gegen seine Positionierung bzgl. der politischen Situation in Chile.⁴⁴

Das Verhältnis zwischen beiden war so schlecht, dass die KAS ein persönliches Gespräch organisierte. Josef Thesing war bei diesem Gespräch anwesend und berichtete von der anschließenden Einschätzung Freis über Strauß: „Strauß

40 Brief von Willy Otten an Josef Thesing vom 24. November 1977, ebd.

41 Vgl. Vermerk zum Besuch des Vorsitzen des PDC Chiles, Andrés Zaldivar, und seines Stellvertreters, Juan Hamilton, am 26. und 27. September in Bonn vom 3. Oktober 1977, ebd.

42 Vgl. Vermerk über das Gespräch mit dem Vorsitzenden des PDC Chiles an Werner Marx vom 27. September 1977, ebd.

43 Vgl. Arbeit lernen, in: Der Spiegel, 28. November 1977. Teil der Delegation waren Horst Schröder, MdB (CDU), Hans Graf Huyn, MdB (CSU), Wilfried Böhm, MdB (CDU), der Bayerische Arbeitsminister Fritz Pirkl (CSU) und Bundesminister a. D. Bruno Heck (CDU) von der KAS.

44 Vgl. Entgegnung von Eduardo Frei Montalva auf die Erklärung von Franz Josef Strauß im ZDF-Magazin vom 25. November 1973, in: ACDP 07-001-16030.

ist kein Freund der chilenischen Christdemokraten. Eigentlich hat er keine Ahnung davon, was in unserem Land gerade vor sich geht.“⁴⁵

Die Erklärungen und Artikel des Außenstellenleiters der KAS, Willy Otten, zugunsten des Pinochet-Regimes belasteten die Atmosphäre zwischen der KAS und dem PDC sowie der CDU. Der CDU-Generalsekretär Heiner Geißler schrieb Otten unter Bezugnahme auf dessen öffentliche Ausführungen über die Stabilität und wirtschaftspolitischen Erfolge in Chile, dass es im Land auch eine ganz andere Realität gebe: „Ich würde es sehr begrüßen, wenn gerade ein Vertreter der Konrad-Adenauer-Stiftung auch die humanen und sozialen Aspekte einer Wirtschaftspolitik in die Veröffentlichungen einbeziehen würde.“⁴⁶

Zu diesem Klima der Spannungen zwischen KAS und PDC trug auch die persönliche Entscheidung von Bruno Heck im Jahr 1978 bei, das Stipendium für Pedro Medrano auslaufen zu lassen. In der Führung des PDC löste diese Entscheidung großes Befremden aus und führte zu einem Protestschreiben Eduardo Freis an den Leiter des Büros für Auswärtige Beziehungen der CDU, Henning Wegener. Daraufhin teilte dieser Helmut Kohl in einem Brief mit, dass „Medrano nicht nur ein beliebiger Doktorand [ist], sondern der Europabeauftragte ihrer Partei. Er ist für die politischen Verbindungen zur CDU und zu anderen europäischen Parteien in den Augen der Chilenen unersetzlich. [...] Ich rege an, daß Sie die Angelegenheit mit Herrn Dr. Heck, mit dem Versuche aufzugreifen, um ihn doch noch zu einer, wenn auch kurzfristigen Verlängerung des Stipendiums zu bewegen“.⁴⁷

Bereits wenige Monate später richtete Medrano, dessen Stipendium zwischenzeitlich verlängert wurde, ein Schreiben an Bruno Heck, in dem er die Kritik der PDC-Führung an Willy Otten aus Anlass eines weiteren Artikels in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung übermittelte. In dem Artikel vom 18. April 1979 berichtete Otten über eine positive Meinungsumfrage über das Image von General Pinochet: „[...] Ich möchte Ihnen versichern, dass wir chilenischen Christdemokraten die solidarische Unterstützung der KAS bei der Lösung unserer Probleme nicht in Frage stellen. [...] Deswegen möchte ich Sie wissen lassen, dass im Besondern in Anbetracht der extrem schwierigen Umstände, in denen wir uns befinden, der Artikel von Herrn Otten uns sehr tief betroffen hat. Sie wissen sicherlich, dass im Laufe der letzten 4 Jahren Herr Otten mehrere Artikel für die deutsche Presse verfasst hat, die für die Wirtschaftspolitik des Militärregimes günstig waren. Seine darin geäußerten Meinungen standen im vollen Widerspruch zu den offiziellen Stellungnahmen un-

45 Thesing: Testimonio sobre la vida y obra de Eduardo Frei Montalva, S. 58.

46 Antwortentwurf für beiliegendes Schreiben von Willy Otten vom 30. Oktober 1978 von Geißler vom 14. November 1978, in: ACDP 07-001-16068.

47 Vermerk von Henning Wegener für Kohl betr. Schreiben der Parteiführung des PDC betreffend auslaufendes KAS-Stipendium für Medrano vom 27. September 1978, ebd.

serer Partei. Aus Respekt für die Meinungen anderer und aus Loyalität, die wir der CDU und der KAS gegenüber empfinden, haben wir bisher davon Abstand genommen, unsere Kritik an diesen Meinungsäußerungen von Herrn Otten öffentlich auszudrücken [...].“⁴⁸

Mit seiner Einschätzung über die Lage in Chile stand Willy Otten allerdings nicht allein. Im Zusammenhang mit einer Delegationsreise nach Lateinamerika machte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, mehrfach ähnliche Aussagen. In einem Interview mit der Tageszeitung *El Mercurio* während seines Besuchs in Chile erklärte er Folgendes: „[...] Während des Umsturzes und auch noch einige Zeit danach hat es Menschenrechtsverletzungen gegeben [...]. Inzwischen hat sich die Lage wesentlich gebessert.“⁴⁹ In einem Interview in Deutschland nach Abschluss der Reise äußerte er die Einschätzung: „Ich bin der Meinung, dass die Art des Regimes einen inneren Wandel nicht ausschließt. Herr Pinochet ist kein Hitler, und kein Stalin, kein Breschnew und kein Honecker. Pinochet ist am ehesten mit Franco zu vergleichen. Das Regime in Chile ist nicht totalitär, sondern autoritär. [...] Es ist Gott sei Dank so, dass sich die Lage wesentlich gebessert hat im Vergleich zur Zeit zuvor. [...] Inzwischen ist es so, dass es mehr darum geht, denen, die nicht mehr in Chile sind, die gewünschte Rückkehr nach Chile zu ermöglichen.“⁵⁰

Im Oktober 1979 hatte der CDU-Bundestagsabgeordnete Horst Schröder in den chilenischen Tageszeitungen *El Mercurio* und *La Segunda* geäußert, dass der PDC kommunistisch sei und Pinochet seine Sache gut mache. Da diese Äußerungen sehr schwerwiegend waren, brachte der PDC gegenüber der CDU sein Missfallen zum Ausdruck. Ein Mitarbeiter des Büros für Auswärtige Beziehungen der CDU, Michael Roik, traf sich mit dem Abgeordneten. Schröder erklärte dabei, dass er nicht gesagt habe, dass der PDC dem Marxismus nahe stehe und er dem PDC nicht schaden wolle. Zugleich stellte er klar, dass er die Wirtschaftspolitik der chilenischen Regierung unterstütze und dass diese Position von der Deutschen Botschaft, der Deutsch-Chilenischen Handelskammer, von deutschen Vertretern aus Industrie, Handel und Banken, von Herrn Otten von der KAS und von christdemokratischen Mitgliedern der chilenischen Regierung geteilt werde. Er erklärte, dass seiner Meinung nach die Haltung der chilenischen Christdemokraten gegenüber der Wirtschaftspolitik der Militärregierung das Haupthindernis für eine rasche Wiedereinführung der Demokratie sei und er bei künftigen Reisen in Kontakt mit dem PDC treten werde, bevor er öffentlich Erklärungen abgeben werde. Diese Erläuterungen und Rechtferti-

48 Brief von Pedro Medrano an Bruno Heck vom 27. April 1979, in: ACDP 07-001-16152.

49 Alfred Dregger über seine Südamerikareise, Pressedienst vom 20. August 1979, in: ACDP 07-001-16151.

50 Ebd.

gungen wurden Frei, Aylwin und Hamilton durch Wegener zur Kenntnis gegeben.⁵¹

Im November 1979 löste die chilenische Regierung eine Veranstaltung der Jugendorganisation des chilenischen PDC, auf der der ehemalige chilenische Staatpräsident Eduardo Frei sprechen sollte, auf. Dabei wurden 104 junge Christdemokraten ohne stichhaltige Begründung verhaftet.⁵² Der Sprecher der CDU, Günther Henrich, verurteilte diese Verhaftungen und unterstrich die solidarische Verbundenheit der CDU mit dem ehemaligen Staatpräsidenten Eduardo Frei und dem PDC.⁵³ Dieser Vorfall veranlasste den Vorsitzenden der Christlich-Demokratischen Weltunion, Mariano Rumor, gegenüber Helmut Kohl seine Solidarität mit den im Exil lebenden Chilenen auszudrücken.⁵⁴

Die 1980er Jahre – die Legitimität des Militärregimes im nationalen und internationalen Kontext

Infolge der Verurteilung der Menschenrechtsverletzungen des chilenischen Militärregimes durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen im Dezember 1977 setzte General Pinochet unverzüglich für Januar 1978 eine Volksbefragung an, in der die Bürger darüber abstimmen sollten, ob sie Präsident Pinochet bei seiner Verteidigung der Würde Chiles gegen die „internationale Aggression“ unterstützen und den Prozess der „Institutionalisierung“⁵⁵ legitimieren würden.

Die Volksabstimmung wurde von General Pinochet organisiert, um der Weltöffentlichkeit die vermeintliche Unterstützung der Bevölkerung für sein Regime vorzuführen und dem Regime den Anstrich ziviler Normalität zu geben. Nach Meinung von Kai-Uwe von Hassel sei diese Volksbefragung kein Erfolg für Pinochet geworden, da ein Viertel der Chilenen es gewagt hätte, sich gegen das Regime auszusprechen. Chile sei gegenwärtig ein Staat ohne demo-

51 Vgl. Treffen in Bonn zwischen dem CDU-Bundestagsabgeordneten Horst Schröder und dem Mitarbeiter der CDU, Michael Roik, am 16. November 1979, in: ACDP 07-001-16152.

52 Vgl. Brief von Pedro Medrano an Hennig Wegener vom 25. November 1979, ebd.

53 Vgl. CDU fordert Freilassung chilenischer Christdemokraten, in: UiD, 27. November 1979.

54 Vgl. Brief Mariano Rumor an Kohl über Solidarität mit Chilenen im Exil vom 29. November 1979 in: ACDP 07-001-16152.

55 Text des Stimmzettels: „Ich unterstütze Präsident Pinochet in seiner Verteidigung der Würde Chiles gegenüber der internationalen Aggression, die gegen die Regierung unseres Vaterlandes in Gang gesetzt wurde, und ich bekräftige die Legitimität seiner Regierung, den institutionellen Prozess unseres Landes souverän anzuführen.“ (Im Original auf Spanisch, Kopie eines Stimmzettels im Archiv der Fundación Frei).

kratische Grundordnung, ohne Parlament, ohne politische Parteien, ohne unabhängige Kontrollorgane. Chile brauche freie Wahlen.⁵⁶

Anlässlich eines Gesprächs des Generalsekretärs des PDC, Juan Hamilton, mit Heiner Geißler in Bonn verurteilten beide eine Äußerung des chilenischen Präsidenten Pinochet vom selben Tag, in der er gegenüber einer chilenischen Zeitung erklärt hatte, dass es auch künftig „keine politische Öffnung“ in Chile geben werde. Geißler versicherte Hamilton der Solidarität der CDU mit der chilenischen Schwesterpartei.⁵⁷

General Pinochet bemühte sich im Laufe der Jahre immer wieder, seinem Militärregime einen Anstrich von Legitimität zu geben, und ließ der politischen Opposition vergleichsweise viel Meinungsfreiheit, um das Image Chiles im Ausland zu verbessern. Im Kontext dieser Legitimierungspolitik wurde am 11. September 1980 die Volksabstimmung über eine neue chilenische Verfassung durchgeführt, die von der Militärjunta vorgelegt wurde. Gleichzeitig fand die Präsidentschaftswahl statt, bei der Pinochet der einzige Kandidat war. Für die Zukunft bedeutend war dabei, dass die Verfassung neue Wahlen nach acht Jahren vorsah. Die Verfassung erhielt 64 Prozent Zustimmung. Auf diese Weise konnte Pinochet seinem Regime und seiner Vorstellung von einem Übergang zur Demokratie eine gewisse Legitimität verleihen. In Übereinstimmung mit der neuen Verfassung begann Pinochet eine achtjährige Amtszeit als Präsident.

Der PDC hatte vor der Volksabstimmung eine Veranstaltung unter dem Titel „Treffen freier Chilenen“ im Caupolican-Theater organisiert, bei der Eduardo Frei dazu aufgerufen hatte, mit „Nein“ zu stimmen, weil die Abstimmung ohne Wählerverzeichnisse, ohne politische Parteien und ohne von den Parteien benannte Beobachter durchgeführt werden sollte. Vor allem gäbe es keine Vorkerhungen, um den ordnungsgemäßen Ablauf und die Gleichheit der Wahl zu garantieren. Mit diesen öffentlichen Verlautbarungen gegen die Volksabstimmung begann Eduardo Frei, die chilenische Opposition anzuführen.

In seiner Position gegenüber dem Verfassungsreferendum wurde der PDC auch von seinen internationalen Partnern und der Europäischen Union Christlicher Demokraten (EUCD) unterstützt. Dazu erklärte der Vorsitzende der EUCD, Kai-Uwe von Hassel, MdEP: „Die Europäische Union Christlicher Demokraten und ihre Mitgliedsparteien sehen diese Verfälschung demokratischer Prozesse mit Sorgen. Sie bekunden ihre Sympathie und Solidarität mit allen demokratischen Parteien Chiles, in Sonderheit mit der Christlich-Demokratischen Partei. Sie rufen die chilenische Regierung auf, der in diesen Tagen erneut deutlich geworden Ablehnung des chilenischen Volkes für diktatorische Praktiken und willkürlich gelenkte ‚Demokratie‘ durch Einführung einer Ver-

56 Vgl. UiD, 12. Januar 1978.

57 Vgl. UiD, 22. November 1979.

fassung Rechnung zu tragen, in der die Teilnahme aller demokratischen Kräfte gesichert ist.“⁵⁸

Die so genannte Institutionalisierung unter Pinochet schloss eine radikale Wirtschaftsreform ein, die von in den USA ausgebildeten neoliberalen Wirtschaftswissenschaftlern durchgeführt wurde, den „Chicago Boys“. Die Weltfinanzmärkte reagierten darauf mit Enthusiasmus und glichen die Wirkung der Verweigerung der Kreditvergabe durch die internationalen Finanzinstitutionen aus. Das ermöglichte zu Beginn der 1980er Jahre das „chilenische Wirtschaftswunder“, das eine Flut von Import-Autos, Waren aus dem Ausland, eleganten Einkaufszentren und Boutiquen mit sich brachte.

Zur selben Zeit entwickelte sich die Haltung des Außenstellenleiters der KAS in Chile, Willy Otten, immer stärker zugunsten des Regimes. Er weigerte sich, Kooperationsprojekte mit chilenischen Partnern zu unterstützen, die einen politischen Charakter hatten. Dies führte schließlich dazu, dass der PDC sich mit Henning Wegener in Verbindung setzte, damit dieser mit der KAS in Deutschland, insbesondere mit Josef Thesing und Bruno Heck, in Kontakt trat, um eine Unterstützung für vorgeschlagene Kooperationsprojekte in Chile zu erhalten. Wegener wurde so bei zahlreichen Gelegenheiten ein Vermittler zwischen dem PDC und der KAS in Deutschland. Er wandte sich wegen eines solchen Projektvorschlages brieflich an Josef Thesing und übersandte ihm zur vertraulichen Kenntnisnahme die Kopie eines Schreibens von Pedro Medrano, dem Deutschlandbeauftragten des PDC, in dem dieser grundsätzliche Einwendungen von Willy Otten gegen einen Projektvorschlag des PDC aufgrund der chilenischen Gesetzgebung schilderte. Wegener wies darauf hin, dass eine solche legalistische Argumentation jegliche Unterstützung für den PDC unmöglich machen würde, da dieser ja verboten sei.⁵⁹

Dieser indirekte Weg der Kommunikation mit der KAS, den der PDC über Medrano und Wegener suchte, verärgerte Bruno Heck, was Thesing in einem Brief an Wegener zum Ausdruck bringen musste: „Ich darf die von Herrn Dr. Heck ausgesprochene Anregung wiederholen, unsere chilenischen Parteifreunde, soweit sie Klagen vorzutragen haben, auf den direkten Weg mit der Stiftung zu verweisen.“⁶⁰

Medrano hatte das volle Vertrauen des PDC und wurde in Deutschland mit Anerkennung behandelt.⁶¹ Er versuchte die Argumentation von Otten zu ent-

58 Kai-Uwe von Hassel an Pinochet, in: ACDP 07-001-16195.

59 Vgl. Brief Hennig Wegener an Josef Thesing vom 12. Februar 1980, ebd.

60 Brief Josef Thesing an Henning Wegener vom 3. März 1980, ebd.

61 Eduardo Frei Montalva brachte dies in einem Brief an Helmut Kohl vom 10. März 1980 zum Ausdruck: „Geschätzter Freund, ich halte es in diesem Augenblick für angemessen, erneut unsere Anerkennung für Ihr Interesse und das der CDU in Bezug auf unsere Situation in Chile zum Ausdruck zu bringen. Die Freundschaft und die Solidarität, die Sie geübt haben, sind die beste Unterstützung, mit der wir in unserem schwierigen Kampf gerechnet

schärfen. In einem Brief erläuterte er Wegener, dass die Projekte, die die KAS in Chile durchführte, einen wissenschaftlich-technischen Charakter hätten, aber nicht mit den parteipolitischen Aktivitäten verbunden seien. Ihre Programmgestaltung und Ausführung sei autonom und völlig unabhängig von der Führung des PDC. Aus diesen Gründen wäre die KAS in der Lage, der Militärregierung umfassend Auskunft über ihre Aktivitäten in Chile zu geben. Die Partei habe keinerlei Zugang zur Erarbeitung der Programme der Stiftung, aber die Leiter aller Institutionen, mit denen die Stiftung zusammenarbeite, seien aktive Mitglieder des PDC. Alle von der Partei unterbreiteten Vorschläge zur Entwicklung von Programmen zur Fortbildung und Beratung von Gewerkschafts- und Jugendbewegung oder Basisgruppen sowie zur Mediennutzung, seien von der KAS zurückgewiesen worden. Ohne Beteiligung der KAS hätte sich eine Gruppe von Experten gebildet, um die politischen Grundlagen für ein Sozial- und Wirtschaftsprogramm zu erarbeiten. Diese Gruppe werde von Eduardo Frei Montalva angeführt.

Darüber hinaus teilte Medrano Wegener mit, dass die Beziehungen zwischen dem PDC und besonders zwischen Eduardo Frei und Willy Otten nicht die besten seien: „Die Verbindungen, die dieser mit der Regierung unterhält, zersetzt die Vertrauensgrundlage, die in einer Beziehung von Partnern notwendig ist. Diese Situation ist Dr. Heck bekannt. Wir haben uns darauf beschränkt, ihre Anwesenheit in Chile zu akzeptieren und uns dafür zu bedanken. Darüber hinaus steht es uns nicht zu, die Arbeitsweise der Stiftung zu bestimmen und diese hat uns nicht darum gebeten, zur Bestimmung ihrer Aktivitäten beizutragen. Von daher und um die notwendigen Bedingungen unserer Arbeit herzustellen, müssen wir auf andere Quellen zurückgreifen, über die Sie bereits informiert sind. Mit dem Vertreter der KAS besteht seit Jahren keinerlei Abstimmung.“ Zum Thema der internationalen Arbeit des PDC führte er aus, dass „Dr. Heck niemals die internationale Arbeit der Partei akzeptiert hat. Sobald er vor vier Jahren von meiner Ernennung zum Außenbeauftragten für Europa der Partei informiert worden war, hat er sich hartnäckig dagegen gestellt und dies mit meinem Studium begründet. In dieser Hinsicht glauben wir, dass die internationale Solidarität ein wichtiger Faktor bei der Verbesserung der Wahrung der Menschenrechte gewesen ist. Deshalb haben wir das gemacht und bedauern die Meinungsverschiedenheit mit Dr. Heck.“⁶²

Am 21. Mai 1980 traf sich Frei mit Kohl, Geißler und von Hassel, wobei er sich ausführlich und kritisch zur Arbeit der KAS in Chile äußerte, wie aus einem Vermerk zu dem Gespräch von Henning Wegener hervorgeht: „In nobler

haben. Ich möchte Ihnen gleichfalls für das Entgegenkommen danken, dass Sie Pedro Medrano entgegenbringen, der ausdrücklich als unser Beauftragter handelt und unser ganzes Vertrauen genießt.“ In: ACDP 07-001-16195 (im Original auf Spanisch).

62 Brief Pedro Medrano an Henning Wegener vom 11. März 1980, in: ACDP 07-001-16195.

Weise führte er zwar aus, dass er die Optionen der Stiftung respektiere und dass ihre Arbeit auch dem chilenischen Volke als solchem zugutekäme. Die Partei hätte jedoch auf die Stiftungsprojekte keinerlei Einfluss und ziehe für ihre Partearbeit aus der Stiftungstätigkeit weder direkt noch indirekt Nutzen. Sie erhalte von der KAS nicht einen Pfennig. Ohne in die Stiftungsautonomie eingreifen zu wollen, habe er dies in einem längeren Gespräch mit Dr. Heck am Vortage dargelegt und vorgeschlagen, dass wenigstens ein Direktorium geschaffen werde, in dem unter Beteiligung der PDC-Parteiführung die Projekte in Zukunft koordiniert und inhaltlich auch nach den Wünschen der christlichen Demokraten gestaltet würden. Frei sprach über diesen Komplex mit Bitterkeit.⁶³

Obleich sich Eduardo Frei persönlich und auch durch Pedro Medrano über die Einstellung von Willy Otten zum Militärregime beschwert hatte, setzte dieser seine Kritik am PDC in Form von Namensartikeln in deutschen Tageszeitungen fort.

In einem Artikel mit dem Titel „Chiles Christdemokraten auf neuem Kurs“ behauptete Willy Otten, „dass die Christliche Demokratische Partei (PDC) erst unter dem Eindruck des Überfalls auf Afghanistan und des Flüchtlingsstroms aus Kuba eine Abgrenzung von den chilenischen Kommunisten vollzogen habe“⁶⁴.

Am 16. Juni 1980 wurde in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung ein Leserbrief von Henning Wegener als Antwort auf diesen Artikel veröffentlicht. Wegener erklärte darin, dass die CDU seit vielen Jahren mit dem PDC in Chile bilateral und in der Christlich-Demokratischen Weltunion zusammenarbeite und diese Zusammenarbeit niemals aufrechterhalten hätte, falls die ablehnende Haltung des PDC zu Kommunismus und Totalitarismus nicht eindeutig gewesen wäre.

Willy Otten antwortete darauf wiederum öffentlich und erklärte, dass seine Darstellung eher wohlwollend und daher der energische Widerspruch von Wegener nicht nachvollziehbar sei. Er behauptete, dass innerhalb des PDC diejenigen Kräfte, die für eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten eintreten, weitaus in der Minderheit seien. In der Parteiführung überwiege die Meinung, dass es zu einer Situation wie etwa 1970, als die Partei einem Marxisten im Parlament ihre Unterstützung gab (nur dank der Stimmen des PDC wurde Allende gewählt), nicht mehr kommen solle. Er wies darauf hin, dass man in Chile nicht vergessen habe, dass der PDC die Volksfront Allendes an die Macht gebracht hätte.

63 Vermerk für Dr. Kohl, Dr. Geißler, Präsident von Hassel über Besprechung von Staatspräsident a. D. Eduardo Frei bei Herrn Dr. Kohl am 21. Mai 1980, ebd.

64 FAZ, 3. Juni 1980.

Wegener reagierte darauf in einem weiteren Leserbrief an die Frankfurter Allgemeine Zeitung, in dem er auf die offizielle Parteilinie verwies, die nach einer ausführlichen Absprache Generalsekretär Geißler zur Geltung zu bringen habe. Er führte aus, dass die CDU mit den wirtschaftspolitischen Zielen des PDC und der christlichen Demokraten in Lateinamerika im allgemeinen nicht immer übereinstimme, dass dies aber nicht rechtfertige, den PDC als kommunistenfreundlich zu geißeln, wie das der Korrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Goldberg getan habe.⁶⁵ Der Vorsitzende des PDC, Andrés Zaldivar, bedankte sich bei Wegener für seine öffentliche Stellungnahme und Klarstellung gegenüber Otten.⁶⁶

In diesem Austausch öffentlicher Briefe zeigten sich die klar unterschiedlichen Positionen verschiedener Personen, die in den Beziehungen von PDC, CDU und KAS eine wichtige Rolle spielten. Wichtig ist dabei die grundsätzliche Haltung, die die CDU seit jeher eingenommen hatte, ungeachtet der Kritik und abweichenden Einschätzungen einzelner Parteimitglieder. Heiner Geißler verteidigte als Generalsekretär der CDU immer die grundlegende Haltung, den PDC zu unterstützen und vor allem den Respekt für die Menschenrechte in Chile einzufordern. In der für den PDC unübersichtlichen Lage in Chile vor dem Verfassungsreferendum und in Anbetracht der öffentlichen Kontroverse, die in dem Austausch öffentlicher Briefe sichtbar wurde, wandte sich Helmut Kohl in einem Brief an Eduardo Frei, in dem er sein Verständnis für die chilenische Situation und die Befürchtungen im PDC ausdrückte und die chilenischen Partner beruhigte. „Ich möchte Ihnen, Präsident Zaldivar, Juan Hamilton und anderen Freunden herzlich versichern, wie sehr wir die Empörung und Trauer über dieses Vorgehen der chilenischen Regierung teilen. Wir wissen, wie schwer es für die Partei sein muss, sich nunmehr auf eine langfristige Überlebensstrategie umzustellen. Ich möchte Ihnen aber im Namen der Christlich Demokratischen Union Deutschlands versichern, dass es während dieser bitteren Periode an unserer Unterstützung nicht fehlen wird.“⁶⁷ In Freis Ant-

65 Vgl. Wegener zu Otten vom 17. Juli 1980, in: ACDP 07-001-16195.

66 Vgl. Zaldivar an Wegener vom 25. Juni 1980, ebd.: „Geschätzter Freund. Wir haben von dem Artikel erfahren, den W. Otten am 3. Juni in der FAZ veröffentlicht hat und von ihrer Antwort, die am 16. Juni erschienen ist. Es scheint uns nicht nur ungerecht, sondern unglaublich, dass Herr Otten nach seinem langen Aufenthalt in Chile und seiner Beziehung zu uns erst kürzlich unsere Gegnerschaft zum Kommunismus entdeckt hat. [...] Alle diese Tatsachen sind öffentlich und bekannt, natürlich auch für Willy Otten, dessen Behauptungen in Bezug auf die Partei uns deshalb betrüben. Wir begrüßen und schätzen Ihren deutlichen und direkten Widerspruch, der den Dingen den Platz gibt, der der unbestreitbaren historischen Wirklichkeit entspricht. Wir danken Ihnen für dieses Zeichen, das einmal mehr unsere Anerkennung Ihnen und der CDU gegenüber bestätigt.“ (Im Original auf Spanisch).

67 Brief Kohl an Frei vom 29. August 1980, ebd. Der Brief ging auf dem Postweg verloren, weshalb Frei erst Ende September über Pedro Medrano von dem Schreiben Kenntnis erlangte.

wort im Oktober verleiht dieser seiner Freude über die Solidarität Kohls und der CDU Ausdruck und bekundet, dass das Schreiben für die chilenischen Christdemokraten ein wirklicher Ansporn gewesen sei.⁶⁸

Im Jahr 1980 wurde dem Vorsitzenden des verbotenen PDC Andrés Zaldívar die Wiedereinreise nach Chile verweigert, weil er Erklärungen gegen das Verfassungsreferendum abgegeben hatte. Im darauf folgenden Protesttelegramm an General Pinochet wandte er sich gegen diese willkürliche Maßnahme und erläuterte, dass auf diese Weise die politische Mitte in Chile zerstört und die Polarisierung von Links- und Rechtsextremisten in der chilenischen Politik befördert werde.⁶⁹ Im Oktober 1980 schrieb Kohl einen Brief an General Pinochet, in dem er unter Berufung auf die Menschenrechte und das Prinzip der Freiheit forderte, die Ausweisung von Andrés Zaldívar rückgängig zu machen.⁷⁰ Auch der Vorsitzende der Christlich-Demokratische Weltunion, Angelo Bernassola, forderte in einem Schreiben an Pinochet die Aufhebung der Ausweisung und rief zugleich die christdemokratischen Parteien Europas zum Protest gegen die Ausweisung von Zaldívar auf.⁷¹ Der Präsident der Europäischen Union Christlicher Demokraten und Vizepräsident der Christlich-Demokratischen Weltunion, Kai-Uwe von Hassel, MdEP, richtete die dringliche Bitte an die chilenische Militärregierung, ihre Einstellung gegenüber Andrés Zaldívar zu überdenken und es ihm wieder zu ermöglichen, für das chilenische Volk zu arbeiten.⁷²

Nach dem Tod Eduardo Freis im Januar 1982 im Zuge eines Krankenhausaufenthalts, bei dem er wegen eines Leistenbruchs operiert werden musste, wurden die Beziehungen zwischen dem PDC und dem Regime noch schwieriger. Bis heute besteht der Verdacht, dass Frei Montalva im Krankenhaus vergiftet wurde. In einem Klima wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Unzufriedenheit verhärtete sich die Oppositionshaltung des PDC unter seinem neu gewählten Vorsitzenden Gabriel Valdés. Im Oktober des gleichen Jahres wurde Helmut Kohl Bundeskanzler. Als solcher empfing er Anfang Mai 1983 Gabriel Valdés, um sich über die Situation in Chile unterrichten zu lassen.

68 Vgl. Brief Eduardo Frei Montalva an Helmut Kohl vom 13. Oktober 1980, ebd.

69 Vgl. Hofmeister: Die deutschen Christdemokraten und Chile, S. 39.

70 Vgl. Brief von Helmut Kohl an General Augusto Pinochet vom 17. Oktober 1980, in: ACDP 07-001-16195.

71 Vgl. Brief von Bernassola Angelo an General Augusto Pinochet vom 17. Oktober 1980, ebd.

72 Vgl. Telegramm Kai-Uwe von Hassel an General Augusto Pinochet vom 30. Oktober 1980, ebd.

Probleme mit dem Wirtschaftsmodell des Militärregimes

Im vermeintlichen Wirtschaftswunderland Chile mehrten sich Anfang der 1980er Jahre die Anzeichen für eine wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung über die wirtschaftliche Lage: hungernde Bürger, die es wieder wagten zu demonstrieren, erstarkte Gewerkschaften, die Streiks nicht mehr scheuten, und Politiker, die öffentlich die Rückkehr zur Demokratie forderten. Vor allem die erwähnten „Chicago Boys“ wurden für die Missstände verantwortlich gemacht. Mit der „Privatisierung“ sozialer Dienstleistungen wie Kranken- und Rentenversicherung entzogen die monetaristischen Ökonomen der Bevölkerung die soziale Absicherung. Ihre These, dass das Wachstum auch den Armen Besserung bringe, dass vom sich schnell mehrenden Reichtum auch für sie mehr übrig bleibe, ließ sich in Chile nicht belegen. Auch der Wachstumsrückstand gegenüber dem Durchschnitt Lateinamerikas, der unter der Regierung Allende entstanden war, konnte in der gesamten Zeit der Militärregierung nicht aufgeholt werden.⁷³

Die politische Strategie, auf die Gabriel Valdés in dieser Situation gegen das Militärregime baute, war die „friedliche soziale Mobilisierung“ (*movilización social pacífica*), wobei er die so genannten „nationalen Proteste“ unterstützte, die von den Gewerkschaften organisiert wurden. Am 14. März 1982 beschloss der PDC und einige linke Parteien – u. a. die Sozialistische und die Radikale Partei – gemeinsam das „Demokratische Manifest“ (*manifiesto democrático*), das aus der Wirtschaftskrise heraus entstanden war und der Regierung zunehmende Probleme bereitete. In diesem Manifest wurde der Vorschlag gemacht, eine verfassungsgebende Versammlung einzuberufen und ein Wahlsystem zu beschließen, das einen freien und unverfälschten Ausdruck des Bürgerwillens sicher stellen würde.

Diese Unzufriedenheit in der Bevölkerung bildete den Ausgangspunkt eines Prozesses gesellschaftlicher Öffnung und der Wiederbelebung der politischen Parteien, die weiterhin illegal waren. Bereits seit dem Staatsstreich von 1973 existierte eine politische Opposition gegen das Militärregime, die sich allerdings in der Illegalität oder der rechtlichen Grauzone entwickelte. Es gab nur vereinzelte öffentliche Aktionen wie die Veranstaltung gegen das Verfassungsreferendum im Caupolicán-Theater 1980. Ab 1983 gelang es jedoch dank der verbreiteten Unzufriedenheit in der Bevölkerung, Räume für Proteste gegen das Regime zu schaffen, in denen verschiedene Akteure der Gesellschaft und Politiker begannen, eine wirkliche oppositionelle Rolle wahrzunehmen.

Es gab mehrere große nationale Protestaktionen, die eindeutig politische Ziele hatten, nämlich die Respektierung der Bürgerrechte, die radikale Abkehr

73 Vgl. CEPAL, Statistische Abteilung nach Wikipedia, in: http://de.wikipedia.org/wiki/Chicago_Boys (Abruf: 18. Juni 2014).

von der neoliberalen Wirtschaftspolitik und die Rückkehr zur Demokratie. Der erste Protest fand am 11. Mai 1983 statt, organisiert von der Vereinigung der Kupferarbeiter unter Führung des PDC-Mitgliedes Rodolfo Seguel und unterstützt von verschiedenen Oppositionsgruppen. Im Zuge dieser Protestaktionen, deren Umfang und vielfältige Unterstützung sowohl die Organisatoren als auch die Militärregierung überraschte, und einer weiteren ähnlichen Kundgebung wurden verschiedene christdemokratische Politiker verhaftet, darunter die wichtigen Protestorganisatoren Rodolfo Seguel und Manuel Bustos. Im Vorfeld des dritten Protesttages wurde der Vorsitzende des PDC, Gabriel Valdés, am 9. Juli 1983 verhaftet. CDU-Generalsekretär Geißler erklärte dazu am 10. Juli, dass es nicht ohne Konsequenzen für die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Chile bleiben werde, wenn die Verhafteten nicht alsbald wieder freigelassen würden.⁷⁴ Helmut Kohl bat förmlich um die Freilassung des Vorsitzenden des PDC.⁷⁵ Nach dem dritten Protesttag am 12. Juli, bei dem es vier Tote zu beklagen gab, wurden der Parteivorsitzende Valdés und weitere führende Parteimitglieder abermals verhaftet.

Unter diesen Umständen ernannte Augusto Pinochet Sergio Onofre Jarpa, ein Führungsmitglied der rechtsgerichteten Nationalen Partei (Partido Nacional), zum Innenminister und gestattete den Beginn einer „Öffnung zum Dialog“ (apertura al diálogo) mit den Oppositionsparteien des rechten Spektrums und der politischen Mitte. Von großer Bedeutung bei diesen Treffen war Kardinal Juan Francisco Fresno⁷⁶, der die demokratische Opposition dazu aufrief, sich zu vereinen und so die „Demokratische Allianz“ (Alianza Democrática) der Parteien des Mitte-Rechts-Spektrums zu bilden, der später die „Nationale Übereinkunft“ (Acuerdo Nacional) für den Übergang zur vollständigen Demokratie von 1985 folgte, in der sich zum ersten Mal der gemäßigte Flügel der gespaltenen Sozialisten mit den Christdemokraten verbündete.⁷⁷

Die „Nationale Übereinkunft“ forderte eine unverzügliche Rückkehr zur Demokratie mit freien Wahlen und lehnte weiterhin die Verfassung von 1980 mit der in ihr vorgesehenen Volksabstimmung im Jahr 1988 ab. Obwohl mit der Regierung keinerlei Einigung erzielt werden konnte, wollte Innenminister Jarpa dennoch eine positive Entwicklung erkennen und betonte, dass die Regierung innerhalb der verfassungsmäßigen Normen den Weg zu einem stabilen demokratischen System beschreite. Er verwies darauf, dass das Parteiengesetz schon dem Staatsrat vorgelegt worden sei und ein Wahlgesetz folgen werde. Der christdemokratische Gewerkschaftsführer Seguel hatte dagegen den Ein-

74 Vgl. Pinochet afronta mañana otra Jornada de Protestas, in: El País, 11. Juli 1983. Vgl. auch Hofmeister: Die deutschen Christdemokraten und Chile, S. 40.

75 Vgl. Hofmeister: Die deutschen Christdemokraten und Chile, S. 40.

76 Vgl. Fehler des Herrschers, in: Der Spiegel, 26. September 1983.

77 Vgl. Eugenio Ortega Frei: Historia de una alianza política. El partido Socialista de Chile y el partido Demócrata Cristiano 1973–1988. Santiago de Chile 1992, S. 87.

druck, dass bei der Regierung kein wirkliches Interesse bestehe, die Probleme zu lösen und dass vier Monate friedlichen Protests letztlich kein Resultat gebracht hätten.⁷⁸

Ab 1983 intensivierten sich die Kontakte mit jährlichen Delegationsreisen von CDU-Politikern, die Solidarität mit dem PDC bekundeten und sich aus erster Hand informieren wollten. Der PDC maß solchen Besuchen große Bedeutung bei. Auch der erste vieler noch folgender Besuche von CDU-Generalsekretär Geißler fand im Dezember 1983 statt.⁷⁹ Geißler war der erste Bundesminister, der seit dem Putsch von General Augusto Pinochet gegen den Sozialisten Salvador Allende im Jahre 1973 nach Chile reiste. Er erhob danach schwere Vorwürfe gegen die Menschenrechts- und Wirtschaftspolitik der Militärregierung.⁸⁰

Geißlers Ziele waren die Zulassung politischer Parteien, freie Wahlen, die Befreiung der politischen Gefangenen, die Respektierung der Menschenrechte, die Auflösung der politischen Polizei und die Beendigung der Folter.⁸¹ Auf einer Parteikundgebung im Teatro Caupolican kritisierte der CDU-Minister vor 8.000 Christdemokraten so engagiert die chilenische Geheimpolizei, dass die Massen laut skandierten: „Mörder Pinochet.“ Nach der sechsstündigen Veranstaltung im Theater schlug der Präsident der chilenischen Christdemokraten, Gabriel Valdés, dem deutschen Kollegen auf die Schulter und sagte: „Das war die Legalisierung der Opposition.“⁸²

Am 7. Dezember 1984 stimmt die Bundesregierung in der Generalversammlung der Vereinten Nationen einer Resolution zu, in der die Verletzung der Menschenrechte in Chile verurteilt wurde.⁸³ Diese Entscheidung der Bundesregierung kann in direktem Zusammenhang mit den verstärkten Bemühungen der CDU gesehen werden, den Demokratisierungsprozess in Chile mit friedlichen Mitteln voranzutreiben.

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, der auch Bundesvorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft war, setzte sich wiederholt für die Freilassung inhaftierter Gewerkschafter ein. Themen eines Besuchs von Blüm in Chile im Januar 1986 waren konkrete Maßnahmen der Bildungsarbeit und des Jugendaustausches. Nach Deutschland zurückgekehrt, kritisierte er wiederum die Unterdrückung der Opposition durch das Regime. Einige CDU-Bundestagsabgeordnete forderten im Juli 1986 General Pinochet per Tele-

78 Vgl. Interview mit Rodolfo Seguel, in: Der Spiegel, 12. September 1983.

79 Vgl. Hofmeister: Die deutschen Christdemokraten und Chile, S. 41.

80 Vgl. Der Geißler Hut, in: Der Spiegel, 19. Dezember 1983.

81 Vgl. Mehr Verständnis, in: Der Spiegel, 29. April 1985.

82 Der Geißler Hut, in: Der Spiegel, 19. Dezember 1983.

83 Vgl. James Anaya: Informe del Relator Especial sobre la situación de los derechos humanos y las libertades fundamentales de los indígenas, in: http://www2.ohchr.org/english/bodies/hrcouncil/docs/12session/A.HRC.12.34.Add.6_sp.pdf (Abruf: 18. Juni 2014).

gramm auf, mit der demokratischen Opposition in einen Dialog über einen friedlichen Übergang zur Demokratie zu treten.⁸⁴

Bei einem Besuch im Juli 1986 konnte Geißler 13 inhaftierte Anführer der christdemokratischen Partei nicht besuchen. Auch mit Regierungsvertretern konnte er nicht in Kontakt treten. Dafür traf er sich mit Carmen Gloria Quintana, deren Haut zu 68 Prozent verbrannt war. Die Militärregierung behauptete, das Mädchen habe sich gemeinsam mit einem inzwischen verstorbenen jungen Mann selber mit Benzin übergossen und angezündet.⁸⁵ Beim Menschenrechtskomitee der katholischen Kirche, der „Vicaria“, ließ sich Geißler über die aktuelle Lage informieren.⁸⁶

Am Abend vor der Abreise prangerte der CDU-Generalsekretär in einer Rede in einem versteckt gelegenen Pfarrsaal in der Hafenstadt Valparaiso⁸⁷ vor Parteifreunden das Pinochet-Regime noch einmal an – auf Spanisch, damit der Text im O-Ton gesendet werden konnte: „Trotz des vergleichsweise hohen Bruttosozialprodukts würden die etwa drei Millionen Armen mit ihrer Not allein gelassen. Für 93 Prozent der Arbeitnehmer habe es seit 1981 keine Erhöhung der Reallöhne gegeben. Wenn da Pinochet von sozialer Marktwirtschaft ‚tipo aleman‘ rede, sei das nicht wahr. Wohlstand für wenige und Armut für die Mehrheit sei nicht das deutsche Modell – ‚tipo aleman‘ sei ‚Wohlstand für alle‘.“⁸⁸

Geißler riet seinen Gesprächspartnern vom PDC, sich mit Sozialisten und Konservativen zu verbünden. Geißler meinte sogar, eine Amnestie für die Militärs sei sinnvoll, allen Menschenrechtsverletzungen zum Trotz: „Das ist eine Frage der Güterabwägung.“ Die Generäle würden sich sonst aus Angst vor Strafe gegen eine Rückkehr zur Demokratie wenden.

Die Fortschritte bei der Suche nach Wegen zur Rückkehr zur Demokratie erlitten 1986 nach einem gescheiterten linksextremistischen Attentatsversuch auf Pinochet einen herben Rückschlag. Das Attentat gab Pinochet einen Vorwand, das Kriegsrecht wieder einzuführen und eine latente gesellschaftliche Angst vor dem Chaos zu schüren.⁸⁹ Trotz des Attentats haben die oppositionellen Parteien ihre Bemühungen um den „Acuerdo Nacional“ intensiviert, um das Referendum 1988 zu gewinnen.

84 Vgl. Hofmeister: Die deutschen Christdemokraten und Chile, S. 41.

85 Bei einem Generalstreik im Juli 1986 wurden zwei Studenten von Soldaten mit Öl übergossen und in Brand gesteckt; sie schwebten bei dem Besuch noch in Lebensgefahr.

86 Vgl. Dann sollen die mich doch festnehmen, in: Der Spiegel, 4. August 1986.

87 Vgl. Interview mit Joachim Sikora, Mai 2012 in Bonn. Er war von 1984 bis 1987 Leiter der KAS in Chile und hat Geißler bei seinen Besuchen begleitet. Er erinnerte sich, dass Geißler gesagt hatte: „Chilenische Freunde, ihr steht nicht allein.“

88 Wenn notwendig, mache ich Krach, in: Der Spiegel, 30. November 1987.

89 Vgl. Hart durchgreifen, in: Der Spiegel, 15. September 1986.

In Deutschland führte die verstärkte Zusammenarbeit der verschiedenen chilenischen Oppositionsparteien im Rahmen des „Acuerdo Nacional“ zu einer Annäherung zwischen Regierung und Opposition in Bezug auf die Einschätzung der Lage in Chile. Diese Annäherung kam in einer Debatte im Deutschen Bundestag anlässlich des 13. Jahrestages des Militärputsches am 11. September 1986 zum Ausdruck, in der über die Verurteilung der Menschenrechtsverletzungen und des Kriegsrechtes und die Forderung nach einem Übergang zur Demokratie Einigkeit bestand.⁹⁰

Im November 1986 versuchte Gabriel Valdés, einen Kredit der Weltbank für Chile aufzuhalten. In Bonn traf er sich mit Bundeskanzler Kohl und forderte ihn auf, einem solchen Kredit zu widersprechen oder zumindest einen Aufschub zu erreichen. Kohl gab dem chilenischen Parteifreund ausdrücklich Recht und sagte seine Unterstützung zu. Allerdings stimmte die Bundesrepublik Deutschland mit Billigung des Kanzleramtes im Exekutivdirektorium der Weltbank dem Kredit zu und grenzte sich damit – vor allem auf Druck der CSU – von der Haltung der Vereinigten Staaten und anderer Verbündeter ab, die sich der Stimme enthielten.⁹¹

Im Juni und Juli 1987 gab es innerhalb der Bundesregierung noch einmal eine intensive Chile-Debatte. Während sich Bundesarbeitsminister Blüm und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher dafür einsetzten, die 14 zum Tode verurteilte chilenische Linksextremisten notfalls durch Gewährung von Asyl vor der Todesstrafe zu retten, wollte der für Asylfragen zuständige Innenminister Friedrich Zimmermann (CSU) die Aufnahme der Chilenen eher vermeiden;⁹² er erhielt für seine Position auch Unterstützung einiger CDU-Abgeordneter. Die CSU beschuldigte die CDU, das Thema Menschenrechte zu benutzen, um in den nächsten Wahlen mit Geißlers Strategie der Öffnung zur Mitte hin Stimmen zu gewinnen. Die Chile-Politik der CDU und die starke Betonung der Menschenrechte stünden in Zusammenhang mit der Bemühung, der Partei ein moderneres Profil verschaffen.

Bundesarbeitsminister Blüm reiste während dieser Debatte im Juli 1987 nach Chile, wo er sich für die Einhaltung der Menschenrechte und die Rückkehr zur Demokratie einsetzte. Er traf sich dabei mit Politikern, Vertretern von Menschenrechtsorganisationen und Kirchen, Anwälten und Verwandten politischer Gefangener, besuchte Versammlungen und Gefängnisse. Schon am ersten Tag seines Besuchs hatte Blüm eine unerwartete Einladung von General Pinochet erhalten und sofort zugesagt.⁹³ Im Gespräch mit General Pinochet machte Blüm deutlich, dass Folter nicht akzeptabel sei: „Herr Präsident, ich

90 Vgl. Hofmeister: Die deutschen Christdemokraten und Chile, S. 42.

91 Vgl. Falsches Signal, in: Der Spiegel, 1. Dezember 1986.

92 Vgl. Hofmeister: Die deutschen Christdemokraten und Chile, S. 42.

93 Vgl. Folter muss man Folter nennen, in: Der Spiegel, 27. Juli 1987.

komme als Freund des chilenischen Volkes. Ich akzeptiere das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten. Dieses Prinzip hat jedoch eine schwerwiegende Ausnahme, das sind die Menschenrechte. Hier gilt Einmischung als Gebot. Deshalb, Herr Präsident, machen Sie Schluss mit der Folter.“ Zu diesem Besuch Norbert Blüms äußerte sich der Präsident der chilenischen Christdemokraten, Gabriel Valdés: „Dies war der für Chile und die Christdemokraten erfolgreichste Besuch eines ausländischen Politikers.“⁹⁴

Blüms Auftreten in Chile wurde zwar vom bayerischen Ministerpräsidenten Strauß kritisiert, er erhielt aber Unterstützung besonders von CDU-Generalsekretär Geißler. In den Streit schritt schließlich Bundeskanzler Kohl ein mit der Erklärung, dass Blüm seine Reise mit ihm abgestimmt hätte und seine Erkenntnisse bei der Bewertung des Sachverhalts in der Asylfrage durch die Bundesregierung berücksichtigt würden. Er stellte allerdings fest, dass es wegen fehlender Rechtskraft der Urteile noch keinen akuten Handlungsbedarf gebe. Kohl erklärte dazu: „Es ist die gemeinsame Aufgabe der CDU Deutschlands, sich für die Wahrung der Menschenrechte auf der ganzen Welt einzusetzen. Das hat Norbert Blüm gerade in Chile getan; das tut mit gleichem Nachdruck Heiner Geißler.“ Mit dieser Bestätigung der Position der CDU wurde der Streit zwischen CDU und CSU beendet. Im Oktober revidierte Innenminister Zimmermann seine ablehnende Haltung gegenüber einer möglichen Asylgewährung für die zum Tode verurteilten 14 Chilenen.⁹⁵

Am Ende des Jahres 1987 stand ein anderes Streitthema innerhalb der Regierung zum wiederholten Male an. Entwicklungshilfeminister Hans Klein von der CSU beharrte darauf, wie sein Vorgänger Jürgen Warnke (CSU) im Jahr davor, den erneut zur Vergabe anstehenden Weltbankkredit in Höhe von 250 Millionen Dollar zu bewilligen. CDU-Arbeitsminister Blüm wandte sich dagegen und erklärte in einem Brief: „Eine dauerhafte stabile Wirtschaftsentwicklung zum Wohle des chilenischen Volkes ist nicht denkbar ohne Rückkehr zu demokratischen Verhältnissen.“ Heiner Geißler mahnte, dem Vorbild der USA zu folgen und „den Kredit nicht unkontingiert zu bewilligen und die Vergabe bis zum Herbst '88 aufzuschieben“. Zu diesem Zeitpunkt würde feststehen, ob General Pinochet in einem Plebiszit für weitere acht Jahre im Amt bestätigt würde oder der Weg zu einer Demokratisierung offen stehe. Schließlich stimmte Kohl trotz Einspruch von Blüm und Geißler einem Weltbankkredit an Chile zu.⁹⁶

Zugleich drängte Bundeskanzler Kohl Präsident Pinochet im Dezember 1987 in einem Schreiben „eindringlich, den in Gang befindlichen Demokrati-

94 Kein Zentimeter wird zurückmarschiert, in: Der Spiegel, 3. August 1987.

95 Vgl. Folter muss man Folter nennen, in: Der Spiegel, 27. Juli 1987.

96 Vgl. Konditioniert. Chile-Kredit, in: Der Spiegel, 7. Dezember 1987.

sierungsprozess in Chile voranzubringen und allen politischen Kräften, die eine Rückkehr zur Demokratie erstreben, faire und gleiche Chancen einzuräumen. Gleichzeitig erwarten Regierung und Bürger der Bundesrepublik Deutschland entscheidende Verbesserungen im Bereich der Menschenrechte“.⁹⁷

In den folgenden Monaten rückte mehr und mehr die Vorbereitung auf das von General Pinochet angesetzte Plebiszit über eine weitere Verlängerung seiner Regierung in den Mittelpunkt der CDU-Aktivitäten. Im März 1988 hielten sich der Vorsitzende des PDC, Patricio Aylwin, dessen Generalsekretär Gutenberg Martínez sowie Enrique Krauss auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Deutschland auf und informierten Bundeskanzler Kohl, weitere CDU-Präsidiumsmitglieder, CSU-Chef Strauß, den FDP-Vorsitzenden Genscher und den SPD-Vorsitzenden Willy Brandt über die Situation in Chile.⁹⁸ Sie konnten dabei berichten, dass sich am 2. Januar 1988 ein breites Spektrum von 16 Oppositionsparteien, vom PDC in der politischen Mitte bis zu linken Sozialisten, aber unter Ausschluss der Kommunisten, zur „Concertación“ unter Führung von Patricio Aylwin zusammengeschlossen hatte, um beim Plebiszit gegen die Amtszeitverlängerung von Präsident Pinochet anzutreten. Beim in der Verfassung von 1980 verankerten Referendum sollte darüber entschieden werden, ob General Pinochet noch weitere acht Jahre oder nur noch ein Übergangsjahr als Präsident im Amt bleiben sollte. In beiden Fällen sollte es danach Parlamentswahlen geben, nach denen die Militärjunta als gesetzgebendes Organ durch ein Parlament abgelöst würde. Im Fall eines Sieges der Option „Nein“ würden auch Präsidentschaftswahlen folgen, um einen Nachfolger für Pinochet zu wählen.

Die Kampagnenplaner für das „Nein“ in den Reihen der Opposition hatten von Anfang an erkannt, dass eine unabhängige Überwachung des Wahlprozesses für eine Erfolgchance der Opposition unerlässlich war. Aus diesem Grund wurden neben den zahlreichen Wahlbeobachtern aller chilenischen Parteien, auch der illegalen, rund 300 Abgeordnete aus aller Welt als Beobachter gewonnen. Aus Deutschland gehörten je drei Parlamentarier von CDU/CSU und SPD und je zwei Freie Demokraten und Grüne zu diesen internationalen Repräsentanten, die sich vom 30. September bis zum 8. Oktober im Land zur Wahlbeobachtung aufhalten sollten. Auch verschiedene Menschenrechtsorganisationen hatten in Santiago Beobachtungsbüros eröffnet.⁹⁹ Beim Referendum konnte die Option „Nein“ mit 55 Prozent zu 43 Prozent bei einer Wahlbeteiligung von über 90 Prozent einen klaren Sieg erringen.

Nach dem Sieg im Plebiszit kam es innerhalb der christdemokratischen Partei rasch zu einer politischen Lagerbildung, die die Einheit der Partei bedrohte:

97 Hofmeister: Die deutschen Christdemokraten und Chile, S. 44.

98 Vgl. ebd., S. 45.

99 Vgl. Reise nach Chile, in: Der Spiegel, 26. September 1988.

In der Zeit der Diktatur spielten die internen Konflikte, die noch in die Zeit vor dem Putsch reichten, keine Rolle. Nach dem Sieg über Pinochet und vor der Entscheidung über den politischen Kurs in einer erneuerten Demokratie standen sich zwei ideologische Lager gegenüber. Ein eher linksorientiertes Lager, das ein dauerhaftes Bündnis mit den linken Oppositionsparteien mit dem Ziel einer an sozialen Reformen ausgerichteten Politik anstrebte und von Eduardo Frei, dem Sohn von Frei Montalva und seinem langjährigen Nachfolger als Parteivorsitzender und Initiator der nationalen Proteste, Gabriel Valdés, angeführt wurde. Und ein eher der politischen Mitte zugeneigtes Lager, das neben der gemäßigten Linken auch mit den moderaten Teilen des „Partido Nacional“, der das Militärregime unterstützt hatte, in einem breiten nationalen Bündnis zusammenarbeiten wollte und sich um den amtierenden PDC-Vorsitzenden Patricio Aylwin, der auch die „Concertación“ angeführt hatte, bildete. Schließlich setzte sich Aylwin in einem Vorwahlprozess, der von Unregelmäßigkeiten überschattet wurde, durch und wurde von seinem Gegner Valdés als Präsidentschaftskandidat ausgerufen, um die Einheit der Partei aufrechtzuerhalten.

Danach musste der PDC die Unterstützung der anderen 16 Parteien gewinnen, um Aylwin zum gemeinsamen Kandidaten der „Concertación“ zu machen. Ausschlaggebend dabei war die Entscheidung des Vorsitzenden der Sozialistischen Partei, Ricardo Lagos, die er wie folgt begründete: „Für die Übergangszeit von der Diktatur ist jemand aus dem politischen Zentrum am besten geeignet, alle Demokraten zu repräsentieren.“ Aylwin konnte sogar die Unterstützung der illegalen KP erlangen, obwohl der Christdemokrat die Kommunisten zu Zeiten Allendes erbittert bekämpft hatte.¹⁰⁰

Im Oktober 1988 nach dem Referendum reiste CDU-Generalsekretär Geißler wieder nach Chile, um sich vor Ort über die Vorbereitung der für Dezember 1989 vorgesehenen ersten freien Wahlen zu informieren. Geißler machte dabei klar, dass aus Sicht der CDU dem PDC das Recht zustehe, einen Präsidentschaftskandidaten zu benennen und er sprach sich dabei für Patricio Aylwin aus, da dieser bereits die Kampagne für das „Nein“ im Plebiszit angeführt hatte. Mit seiner Stellungnahme hatte Geißler seine chilenischen Partner überrascht, da zu diesem Zeitpunkt noch die parteiinterne Auseinandersetzung über die Nominierung eines Präsidentschaftskandidaten im Gange war.¹⁰¹

Als Präsidentschaftskandidat der „Concertación“ reiste Patricio Aylwin im September 1989 auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung mit einer Delegation nach Deutschland. Neben Gesprächen mit den Vorsitzenden von CDU, CSU und SPD wurde er auch von Bundespräsident Richard von Weizsäcker empfangen. In Chile erregte diese Reise nach Deutschland und in einige andere europäische Länder große Aufmerksamkeit. Aylwin konnte so zeigen, dass

100 Vgl. Vermintes Terrain, in: Der Spiegel, 11. Dezember 1989.

101 Vgl. Richtiger Kick, in: Der Spiegel, 7. November 1988.

mit der Demokratisierung die Isolierung des Landes beendet werden würde. Nach Einschätzung chilenischer Meinungsforscher hatte diese Auslandsreise eine unmittelbare Auswirkung auf das Wahlverhalten im Dezember 1989.¹⁰²

Aylwin gewann die Wahl am 14. Dezember 1989 deutlich mit 55,2 Prozent. Er trat am 11. März 1990 sein Amt an, am gleichen Tag, als das Parlament wiedereröffnet wurde. Mit diesen institutionellen Wendepunkten waren auch die beiden zentralen Ziele der Chilepolitik der CDU erreicht: Chile war zur Demokratie zurückgekehrt und der PDC war die stärkste Partei des Landes. Bei der Amtseinführung von Präsident Aylwin war die CDU mit einer eigenen Delegation vertreten, die von Arbeitsminister Blüm angeführt wurde. Auch der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bernhard Vogel, und ihr Bereichsleiter für internationale Arbeit, Josef Thesing, gehörten ihr an.¹⁰³

Die Geschichte der Zusammenarbeit von CDU und PDC unter den geopolitischen Bedingungen des Kalten Krieges zeigt, dass im Angesicht der Herausforderung durch den militärischen Staatsstreich und der Diktatur in Chile in beiden Parteien Differenzen zutage traten, die die Grundwerte dieser Parteien berührten. Das Eintreten für Demokratie und Menschenrechte sowie die Ablehnung der Diktatur, die sich schließlich durchsetzten, waren sowohl bei den Christdemokraten als auch bei anderen politischen Familien nicht so unangefochten, wie es der letztlich glückliche Ausgang einer erfolgreichen Demokratisierung in Chile nach dem Ende der Blockkonfrontation erscheinen lassen mag.

102 Vgl. Fernández Baeza: Höhenpunkte eines halben Jahrhunderts solidarischer Zusammenarbeit. Die Konrad-Adenauer-Stiftung in Chile (1963–2012), in: *Auslandsinformationen der Konrad-Adenauer-Stiftung* 7 (2012), S. 52.

103 Vgl. Hofmeister: *Die deutschen Christdemokraten und Chile*, S. 47.